

Wenn dieser Newsletter nicht korrekt angezeigt wird, klicken Sie bitte [hier](#).



**Dr. Eike Frenzel**

Pressesprecher

Telefon (05 11) 30 30 - 41 19

Telefax (05 11) 30 30 - 48 54

Mobil (0172) 5 99 56 32

eike.frenzel@lt.niedersachsen.de

[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

unser Projekt im Internet:

[www.schwerpunktthema-niedersachsen.de](http://www.schwerpunktthema-niedersachsen.de)

**Pressemitteilung vom 28.06.2011**

**Nummer: 253/2011**

***Schobert: Eine Wohnung, eine Gebühr - Neues Modell zur Rundfunkfinanzierung sorgt für Transparenz und Bürgerfreundlichkeit***

**Hannover.** „Eine Wohnung, eine Gebühr“ – mit diesen Worten hat der medienpolitische Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Wittich Schobert, den heute im Landtag beschlossenen Fünftehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag charakterisiert. „Es ist künftig nicht mehr relevant, wie viele Menschen in einer Wohnung leben oder wie viele Radios, Fernseher oder internetfähige Geräte vorhanden sind“, sagte Schobert mit Blick auf die Umstellung des Rundfunkgebührensystems: Ab 2013 werden nicht mehr einzelne Geräte für die Gebührenermittlung gezählt, sondern lediglich die Haushalte, ganz gleich, wie viele Geräte zum Rundfunkempfang dort zu finden sind. „Das neue Gebührenmodell steht für Klarheit, Transparenz und Bürgerfreundlichkeit – ohne dabei die privaten Haushalte stärker zu belasten“, sagte Schobert.

Hinsichtlich der Betriebsstättenabgabe erklärte der CDU-Medienpolitiker, dass rund 70 Prozent der kleineren und mittleren Unternehmen künftig entlastet würden. Für 20 Prozent der Unternehmen gebe es keine Veränderung. „10 Prozent der Firmen werden leider künftig einen höheren Anteil zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beitragen müssen“, sagte Schobert, insbesondere Firmen mit einer großen Anzahl an Verkaufsstellen und Fahrzeugen, wie zum Beispiel große Bäckereibetriebe, würden stärker als bisher belastet.

„Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Beitragspflicht für Kraftfahrzeuge bei Unternehmen langfristig entfällt“, betonte Schobert, der ebenfalls klar stellte: „Eine weitere Erhöhung der Rundfunkgebühren beziehungsweise Rundfunkabgaben lehnen wir ab.“